

30.11.2017

## CDU/FDP schlagen zentralen Schulstandort vor



Die Realschule in Bad Bentheim könnte nach den Vorstellungen von CDU und FDP mit der Hauptschule Gildehaus an einem neuen Standort zusammengelegt werden. Archivfoto: Kersten

---

30.11.2017, 14:56 Uhr

**Christdemokraten und Liberale im Bad Bentheimer Stadtrat schlagen einen zentralen Standort für die Realschule Bad Bentheim und die Hauptschule Gildehaus zwischen beiden Orten vor. Von einer Oberschule halten beide Parteien allerdings nichts.**

---

gn Bad Bentheim. Die Gruppe aus CDU und FDP im Bad Bentheimer Stadtrat kann sich einen neuen Schulstandort vorstellen. Das geht aus einer Pressemitteilung hervor. „Wir halten eine räumliche Zusammenlegung von Haupt- und Realschule an einem zentralen Standort zwischen Bentheim und Gildehaus für diskussionswürdig“, erklärten die beiden Fraktionsvorsitzenden Heiner Beernink (CDU) und Peter Wiering (FDP). An diesem Standort könnte dann auch eine neue Sporthalle entstehen, die neben dem Schulsport für die Haupt- und Realschule auch als Ersatz für die Vereinssportaktivitäten in der Armin Frantzke-Halle dienen und gleichzeitig auch den Anforderungen des SV nach weiteren Übungsräumen entgegenkommen könnte. „Zusammen mit den dort bereits bestehenden Sporteinrichtungen, wie dem Badepark und den Tennisplätzen, könnte dort ein kleines Sportzentrum entstehen“, findet Wiering. „Sie stellen sich damit gegen Überlegungen des Bürgermeisters, am Standort von Grund- und Realschule in Bad Bentheim durch Hinzufügen der Hauptschule einen Mammutschulstandort zu schaffen“, heißt es in der Mitteilung.

Im Zuge der Haushaltsberatungen sei der CDU/FDP-Gruppe deutlich geworden, dass es eine ganze Reihe von Begehrlichkeiten und Notwendigkeiten aus den Bereichen Schule und Sport gebe, die es zusammenzubinden gelte. Statt Flickschusterei zu betreiben, wolle man eine grundsätzliche Neuaufstellung mit den Bürgern diskutieren. „Eine Zusammenfassung von Haupt- und Realschule an einem Standort würde beide Schulformen stärken und ihre Zukunftsfähigkeit unterstreichen.“ Das sei auch mit Blick auf die Gewinnung neuer Lehrkräfte ein wichtiges Signal. „Für uns ist aber ganz klar damit verbunden auch das Bekenntnis zum weiteren Bestehen der Haupt- und der Realschule. Überlegungen zur Zusammenfassung der beiden Schulen zu einer Oberschule erteilen wir eine ganz klare Absage“, macht der schulpolitische Sprecher der CDU, Hermann Schulze-Berndt, deutlich.

Mit einer solchen Verlegung bleibe das Prinzip „Kurze Beine, kurze Wege“ gewahrt, da in jedem Stadtteil eine Grundschule verbleibe. „Die Option eines Umzugs der Hauptschule an den jetzigen Standort der Realschule, wie sie offensichtlich immer noch von Bürgermeister Dr. Pannen erwogen wird, lehnen CDU und FDP ab“, heißt es weiter: „Wir haben in unserem Bürgerprogramm zur Kommunalwahl die Schaffung einer solchen Mammutschule ausdrücklich als Option

ausgeschlossen, weil wir negative Effekte für die Grundschüler in einer solchen Konstellation befürchten. Zudem ist die Brennereistraße in den frühen Morgenstunden schon jetzt ein verkehrspolitisches Sorgenkind – weiterer Schülerverkehr in größerem Umfang lässt sich dort nach unserer Überzeugung nicht mehr verantworten“, macht der Vorsitzende des CDU-Ortsverbandes, Marcel Speker, deutlich. Der Ratsvorsitzende und sportpolitische Sprecher der CDU, Focko Wintels, ergänzt, dass die Schürkamphalle ebenfalls an ihre Kapazitätsgrenze komme: „Die Schürkamphalle ist schon jetzt in den Schulzeiten vollständig durch den Schulsport von Grund- und Realschule belegt. Da bestehen keine weiteren Kapazitäten für zusätzlichen Sportunterricht der Hauptschule. Zudem muss berücksichtigt werden, dass die Halle auch schon rund 40 Jahre alt ist.“

Wintels betont, dass es sich bei dem geschilderten Szenario zunächst nur um eine Idee handelt, die ergebnisoffen geprüft werden soll. Zum weiteren Verfahren stellt er fest: „Wir werden als nächstes mit den Betroffenen und auch mit den anderen Fraktionen das Gespräch suchen, um festzustellen, ob eine solche Maßnahme einen breiten gesellschaftlichen Konsens finden würde.“ Zum jetzigen Zeitpunkt sei natürlich auch die Finanzierungsfrage noch lange nicht geprüft und beantwortet. Die Veräußerung der dann nicht mehr benötigten Räumlichkeiten und Liegenschaften sei eine Option – wie groß aber schließlich der städtische Anteil dann tatsächlich sei und ob es sich dabei um eine Summe handelt, die realistisch durch die Stadt aufgebracht werden könne, sei zum gegenwärtigen Stand noch völlig offen, so Wiering. Offen sei auch, ob gegebenenfalls Fördermittel, zum Beispiel aus dem Kommunalen Investitionsprogramm II des Bundes (KIP II) bezogen werden könnten. Insofern handele es sich um eine Idee, die ergebnisoffen und ohne ideologische und parteipolitische Implikationen, auch vor dem Hintergrund der Schulentwicklungsplanung des Landkreises, geprüft werden soll.

---

(c) Grafschafter Nachrichten 2017 . Alle Rechte vorbehalten  
Vervielfältigung nur mit Genehmigung der [Grafschafter GmbH Co KG](#).